

<https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/34-meilenstein-34-biontech-aktie-baerbock-besucht-kuenftige-biontech-impfstoffproduktion-in-ruanda-13122839> 18.12.2023

NASDAQ-Titel BioNTech-Aktie höher: BioNTech will bei Impfstoffproduktion auf Qualität setzen - Baerbock besucht künftige Werk in Ruanda

Außenministerin Annalena Baerbock hat Afrika im Kampf gegen Pandemien und andere Krankheiten die Unterstützung Deutschlands und der Europäischen Union versprochen.

"Krankheiten kennen keine Ländergrenzen oder Kontinente - unsere Solidarität darf es auch nicht", erklärte die Grünen-Politikerin am Sonntag zu ihrem Besuch im ostafrikanischen Ruanda an diesem Montag. Baerbock will in der Hauptstadt Kigali an einer Veranstaltung teilnehmen, bei der das Mainzer Pharmaunternehmen [BioNTech](#) ein Herzstück seiner ersten Produktionsstätte für mRNA-Vakzine in Afrika vorstellt.

"Der Weg zu einer fairen internationalen Gesundheitsarchitektur ist kein Kurzstreckenlauf, sondern ein Team-Marathon", sagte Baerbock. Deshalb unterstütze "Team Europa das Ziel einer eigenen afrikanischen Impfstoffproduktion - vom Konzept bis zur Kanüle".

Heute werde nur eine von 100 Impfdosen, die in Afrika verimpft würden, auch dort hergestellt, ergänzte die Außenministerin. 2040 sollten es schon 60 Mal mehr sein. Dies mache das EU-Projekt Global Gateway mit 1,2 Milliarden Euro bis 2027 möglich - 550 Millionen Euro dafür kämen aus Deutschland. Die erste mRNA-Impfstoff-Fabrik Afrikas in Ruanda sei "noch nicht der Zieleinlauf - aber ein echter Meilenstein und Hoffnung für Millionen".

Die "Global Gateway"-Initiative der EU sieht vor, in den nächsten Jahren bis zu 300 Milliarden Euro in die Infrastruktur von Schwellen- und Entwicklungsländern zu investieren - auch um der EU mehr globalen Einfluss zu sichern. Das Projekt soll Chinas Projekt "Neuer Seidenstraße" Konkurrenz machen.

BioNTech: Geht bei Impfstoffproduktion in Afrika nicht um Tempo

Das Pharmaunternehmen will beim Aufbau seiner ersten Impfstoff-Produktionsstätte in Afrika nicht nur auf Schnelligkeit setzen. "Wir wollen in Afrika Personal ausbilden", sagte Unternehmenschef Ugur Sahin in Kigali der Deutschen Presse-Agentur. Mit Blick auf Künstliche Intelligenz (kurz: KI oder AI) fügte er hinzu: "Auch AI-Expertise und Digitalisierung sind uns hier wichtig."

<https://www.nius.de/Politik/mit-den-stimmen-der-cdu-brandenburg-beschliesst-notlage-fuer-2024-und-setzt-schuldenbremse-aus/56ed1f8c-453a-418f-a1af-a423714b72a7> 20.12.2023

Mit den Stimmen der CDU: Brandenburg beschließt Notlage für 2024 und setzt Schuldenbremse aus

Der Landtag in Brandenburg erkennt eine „außergewöhnliche Notlage“ und setzt die Schuldenbremse für 2024 aus – mit den Stimmen der CDU.

Während die Christdemokraten im Bund den Hardliner geben, sieht es in immer mehr Bundesländern ganz anders aus.

In Brandenburg hat der Landtag in einer Sondersitzung am Mittwoch eine außergewöhnliche Notlage für 2024 erklärt. Einem entsprechenden Antrag stimmten alle Regierungsparteien zu – darunter auch die CDU. Begründet wird die außergewöhnliche Notsituation im nächsten Jahr mit einer „Vervielfachung der Energiepreise“, der „allgemeinen Inflation“ und „anwachsenden Fluchtbewegungen“ infolge „des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine“.

Für den [Antrag](#) stimmten 42 der 88 Abgeordneten. 21 votierten mit Nein. Sechs Parlamentarier enthielten sich.

Mit der Entscheidung wollen SPD, CDU und die Grünen die Aufnahme weiterer Schulden an der Schuldenbremse vorbei sicherstellen. „Im Fall von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, kann aufgrund eines Beschlusses des Landtages von dem in Absatz 1 genannten Grundsatz abgewichen werden“, heißt es in der Brandenburger Landesverfassung.

Zur Bewältigung der „außergewöhnlichen Notsituation“ sind damit im Haushaltsgesetz 2023/2024 Kreditermächtigungen in Höhe von insgesamt zwei Milliarden Euro vorgesehen. „Während des Haushaltsjahres 2023 werden davon voraussichtlich bis zu 570 Millionen Euro in Anspruch genommen“, heißt es im Antrag der Regierung von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD).

<https://www.nius.de/Ausland/aufregung-in-frankreich-macron-und-le-pen-stimmen-gemeinsam-fuer-hart-es-einwanderungsgesetz/22473943-87a0-497d-88e9-2f25f92c56e0> 20.12.2023

Aufregung in Frankreich: Macron und Le Pen stimmen gemeinsam für hartes Einwanderungsgesetz

Mit der Zustimmung des Rassemblement National von Marine Le Pen bringt die Regierung von Emmanuel Macron ein scharfes Einwanderungsgesetz durchs französische Parlament.

Am Dienstag um 15:40 Uhr stand es endgültig fest: Aus der französischen Nationalversammlung drang die Nachricht, dass die gemischte paritätische Kommission (CMP) des Parlaments eine erfolgreiche Einigung über ein neues Einwanderungsgesetz durchgedrückt hatte.

„Ein ideologischer Sieg“

Die Chefin des Rassemblement National, Marine Le Pen, stürmte sofort in den in Frankreich berühmten Saal der Vier Säulen, wo bereits zahlreiche Journalisten warteten. Sie und ihre 87 Kollegen des Rassemblement National würden dem Gesetzespaket zustimmen, kündigte Le Pen an. Es ist ein „sehr kleiner Schritt, ein Gesetz, das weder ein Übermaß an Lob noch ein Übermaß an Kritik verdient“, erklärte die RN-Abgeordnete aus Pas-de-Calais. Im Grunde würde ihre Fraktion der Regierung einen Gefallen tun. Dennoch sei es „ein ideologischer Sieg“ ihrer Partei.

Am Abend stimmte die Nationalversammlung dem neuen Einwanderungsgesetz endgültig zu.

.....

Am 19. Dezember 2023 lag schließlich ein Entwurf vor, der deutlich schärfer ausfiel als zu Beginn der Verhandlungen. Die Linke ist nun empört

über einen Pakt mit der „extremen Rechten“. Auch NGOs und Gewerkschaften prangern das Gesetz an, das ihrer Meinung nach das „rückschrittlichste seit 40 Jahren“ ist. Was aber steht drin im Gesetz? Der Zugang zu bestimmten Sozialleistungen (Kindergeld, personalisierte Wohnbeihilfe, und einklagbares Recht auf Wohnraum) wird von einem fünfjährigen rechtmäßigen Aufenthalt in Frankreich abhängig gemacht. Der Beschluss gilt für Personen, die keine Arbeit haben. Für Personen, die einer Arbeit nachgingen, gilt eine Frist von 30 Monaten. Die Bedingungen für den Familiennachzug werden verschärft. Um ihn beantragen zu können, muss die Person nicht mehr 18 Monate, sondern 24 Monate in Frankreich leben. Der Straftatbestand des illegalen Aufenthalts wird wieder eingeführt und mit einer Geldstrafe von 3750 EUR geahndet.

.....